

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 237 51 51 Fax Redaktion (075) 237 51 55 Fax Inserate (075) 237 51 66 Amtliches Publikationsorgan 1.00 Fr.

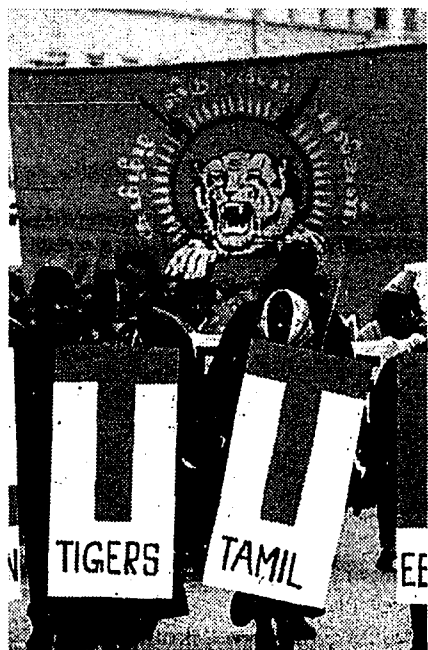
AKTUELL

Armee-Fluglärm wegen Pilotenausbildung

In den nördlichen und östlichen Landesteilen der Schweiz – und somit auch in Liechtenstein – muss in den nächsten acht Wochen mit zusätzlichem Lärm von Armee-Helikoptern gerechnet werden. Wie der Informationsdienst der Luftwaffe am Montag mitteilte, werden fünf Aspiranten und eine Aspirantin der Piloten-Offizierschule ihre Ausbildung im Navigations- und Tiefflug auf Alouette-3-Helikoptern absolvieren. In den Gebieten des unteren Reusstals von Sins bis Turgi, im Kanton Schaffhausen und in der ganzen Ostschweiz bis ins Rheintal könne es deshalb zu erhöhtem Fluglärm kommen.

Rund 1000 Tamilen demonstrierten in Zürich

Rund 1000 Tamilinnen und Tamilen aus der ganzen Schweiz haben am Montag nachmittag mit einem Demonstrationzug durch die Zürcher Innenstadt gegen Erpressungsvorwürfe protestiert. Schweizer Ex-



ponenten der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) kritisierten, es werde eine Propagandakampagne gegen sie geführt. Die Tamilinnen und Tamilen zogen in einem friedlichen Umzug durch die Zürcher Innenstadt zum Helvetiaplatz. Sie führten ein lebensgrosses Plakat mit LTTE-Anführer Birabakaran und zahlreiche rote LTTE-Fahnen mit und verteilten Flugblätter. Mit dem Umzug protestierten die Tamilen gegen Vorwürfe, die Schweizer LTTE-Führung treibe Spenden gewaltsam ein.

Referendum gegen Arbeitsgesetz-Revision

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) will die Schlussberatung der Arbeitsgesetz-Revision im Parlament nicht abwarten: Die Delegierten haben bereits am Montag ohne Gegenstimme das Referendum gegen die Vorlage beschlossen. Bundesrat Koller referierte vor der SGB-Versammlung über die Verfassungsveränderung. Die Vorlage über eine Revision des Arbeitsgesetzes gelangt im kommenden März nochmals ins Parlament. Für die SGB-Delegierten ist jedoch der Vorschlag des Nationalrates, der als Kompromiss zur ständerätlichen Nulllösung gedacht ist, inakzeptabel.

Landwirtschaft befindet sich in aktiver Umbruchphase

Jahresversammlung der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO) im Gemeindesaal Ruggell – Herausforderungen für Landwirtschaft

(G.M.) – Auch die liechtensteinische Landwirtschaft befindet sich in einer aktiven Umbruchphase, erklärte der Präsident der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO), Dr. Ernst Walch, an der VBO-Jahresversammlung 1996 am Montag in Ruggell. An der Versammlung nahmen auch Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel als Landwirtschaftsminister sowie Landtagspräsident Otmar Hasler teil. Den Gastvortrag hielt Melchior Ehrler, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, über «Agrarpolitik 2002».

VBO-Präsident Dr. Ernst Walch sprach von 1995 als von einem «bewegten Jahr» für die Landwirtschaft, wobei er als wichtigste Neuerung die Einführung von Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe erwähnte. Wie aus dem Jahresbericht 1995 der VBO hervorgeht, hat die von der LGT Bank in Liechtenstein getragene Innovationsstiftung die Finanzierung des Projekts «Ökobauer» für vier Jahre verlängert.

Nach den Ausführungen von Melchior Ehrler hat seit 1990 ein dramatischer Einkommenszerfall in der schweizerischen Landwirtschaft stattgefunden, der Dimensionen von 25 bis 30 Prozent erreicht habe. Obwohl er Direktzahlungen an die Landwirtschaft grundsätzlich



Agrarpolitische Gespräche am Rande der VBO-Jahresversammlung 1996 in Ruggell. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel als Landwirtschaftsminister unterhält sich mit VBO-Präsident Dr. Ernst Walch und Melchior Ehrler, dem Präsidenten des Schweizerischen Bauernverbandes, der den Gastvortrag vor den Bauerndelegierten über die Landwirtschaft in der Zukunft hielt.

begrüsste, wies Ehrler doch auf einige Schwachpunkte hin. Nach seiner Auffassung sind neben den Direktzahlungen

zusätzliche Reformen nötig, weil die Landwirtschaft nicht nur den Auftrag der Nahrungsmittelproduktion, sondern eine

multifunktionelle Aufgabe zu erfüllen habe. Mehr über die VBO-Jahresversammlung auf Seite 3.

Parlamentarische Waffe auf Haider-Getreuen gerichtet

Am Mittwoch gibt es im Vorarlberger Landtag den seltenen Fall eines Misstrauensantrages gegen ein Regierungsmitglied

(A.M.) – Er will nach eigener Einschätzung nie eine «wirklich grosse» Fehlentscheidung getroffen, aus kleinen gelemt haben. Hubert Gorbach, Landesrat der FPÖ in Vorarlberg, sieht sich morgen Mittwoch im Landtag einem Misstrauensantrag gegen ihn ausgesetzt. Sozialdemokraten und Grüne begründen ihn mit den «braunen Rülpsen» von Haider's Freiheitlichen. Die ÖVP solle die freiwillige Koalition auflösen, denn ein Regierungsmitglied aus den Reihen der FPÖ sei untragbar geworden. Wer – und wie «braun» – ist Hubert Gorbach?

«Natürlich ist Gorbach kein Neonazi», diagnostiziert sogar der SPÖ-Landesvorsitzende Elmar Mayer, der den Misstrauensantrag initiiert hat. Und persönlich tue es ihm fast leid, dass «dr Hubert erhalten» müsse. Aus der «ständigen Stimmungsmache der Freiheitlichen mit dem NS-Gedankengut» müsse aber endlich einmal die Konsequenz gezogen

werden. Man schlägt also den Sack und meint den Esel. Der Esel ist demnach, um im sprichwörtlichen Bild zu bleiben, die Partei bzw. dessen Führer Jörg Haider. Mit ihm verbindet Gorbach eine schon Jahrzehnte lange Freundschaft. Zusammen sind sie in der Jugendorganisation der Partei gross geworden. Gorbach war Bundesobmann des «Rings freierwilliger Jugendlicher». Die Amikalität zwischen den beiden erlaubte es Hubert Gorbach auch, 1994 als einziger Landesobmann der FPÖ öffentlich für den EU-Beitritt einzutreten. Es war eine kleine Sensation für die straff auf Meinungsgleichheit getrimmte Partei, als kurz vor der Volksabstimmung bei Kundgebungen in Vorarlberg Hubert Gorbach zum «Ja» aufforderte, um dann jeweils das Megaphon Haider zu überlassen, der dann gegen Brüssel und die EU vom Leder zog. «Ich verabscheue vorgespülte Freundschaft», sagte Gorbach vor dem letzten Landtags-

wahlkampf. Und die Vorarlberger Beobachter wussten genau, wer damit gemeint war: der damalige Klubobmann Ewald Stadler. In der Landespartei Gorbach's Vize, brachte Stadler als blendender Polemiker mit seiner beinhalten Oppositionspolitik den Chef auf der Regierungsbank immer öfter zwischen zwei Stühle. Die ÖVP-Mehrheit stellte Gorbach die Rute ins Fenster: entweder Stadler verschwindet von der Bildfläche oder die FPÖ ist in der nächsten Regierung nicht mehr dabei.

Ähnliche Eloquenz hat Hubert Gorbach in seinem Beruf als Geschäftsführer einer grossen Firma, die Bäckereiausstattungen herstellt, und ab Oktober 1993 als Landesrat nie vermissen lassen. Von der ÖVP für so undankbare Agenden wie Abfallwirtschaft, Raumplanung und Strassenbau abgestellt, konnte er sich als «Macher» profilieren. Obwohl vermutlich auch er nicht mehr ernsthaft daran

glaubt, dass die seit 25 Jahren umstrittene Autobahnverbindung S-18 in die Schweiz jemals gebaut wird, rang er der Bundesregierung immerhin formale Zusagen und Vereinbarungen auf dem Weg dorthin ab. Für die Verbindung nach Liechtenstein liess er zwar den sogenannten Letzetunnel sterben, knallte den Nachbarn zum Jahreswechsel allerdings ein anderes Projekt auf den Tisch, das noch in diesem Jahr in die konkrete Umsetzungsphase treten wird. Gorbach verkauft sie als «regionale Umfahrungslösung für das belastete Feldkirch», wie es über der Grenze in Liechtenstein weitergeht, sei deren Angelegenheit.

Bei offener Abstimmung am Mittwoch im Vorarlberger Landtag werden die sechs SPÖ-Abgeordneten und drei Grünen in der Minderheit bleiben, Landesrat Hubert Gorbach – und damit die FPÖ als Regierungspartner – werden «zementiert».

Bundesrat Ogi will notfalls auch politische Konsequenzen ziehen

Je nach Ergebnis der Untersuchung – Abklärungen über Korruptionsanfälligkeit im EMD im Gang – Generalstabsunterlagen lösten Affäre aus

Bern (AP) Drei Tage nach dem Bekanntwerden der Korruptionsaffäre um einen pensionierten Generalstabsobst hat sich am Montag erstmals Bundesrat Adolf Ogi zu der Angelegenheit geäußert. Der EMD-Chef sicherte lückenlose Aufklärung zu und sagte, er werde notfalls auch politische Konsequenzen ziehen.

Zum genauen Gegenstand der Vorwürfe und zur Zahl der Verhaftungen schwiegen sich die Bundesbehörden auch am Montag aus. Das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) verwies auf die strafrechtliche Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft und der Militärjustiz. Aufwendige Abklärungen seien noch im Gang. Bei dem seit knapp zwei Wochen inhaftierten pensionierten EMD-Beamten und Generalstabsobst handelt es sich nach nicht dementierten Informationen der Medien um Friedrich Nyffenegger. Er war Projektleiter für die umstrittenen Diamant-Feierlichkeiten zum Gedenken an die Generalmobilmachung von 1939. Nyffenegger war nach Informationen von Radio DRS im EMD kein unbeschriebenes Blatt. 1983

sei er wegen Verdachts auf Unregelmäßigkeiten bei Abrechnungen vor dem Militärgericht gestanden. Das Divisionsge-

richt habe Nyffenegger zwar freigesprochen, ihm jedoch als Disziplinarstrafe sieben Tage Ar-



Wegen vernachlässigter Geheimhaltungspflicht geriet der pensionierte Generalstabsobst Friedrich Nyffenegger (rechts) unter Verdacht. Das Bild zeigt ihn zusammen mit Bundesrat Kaspar Villiger anlässlich der «Diamant-Feyer» zur Mobilmachung.

rest aufgebremst. Ausgelöst wurde die Affäre offenbar durch eine vernachlässigte Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit der elektronischen Umsetzung des sogenannten Generalstabsbefehls. Der Generalstabsbefehl ist ein umfangreiches Handbuch für Generalstabsoffiziere. Die allen rund 1500 Generalstabsoffizieren zugänglich gemachten «schwarze» Version des Generalstabsbefehls ist als vertraulich klassifiziert. Daneben gibt es in einer Auflage von weniger als 100 Stück eine sogenannte «rote» Version, die sogar als geheim klassifiziert ist. Diese «rote» Version enthält unter anderem detaillierte Angaben über Anlagen und Sperrstellungen der Armee sowie Unterlagen über die Mobilmachung. Für die Umsetzung des Handbuchs in eine CD-Rom-Fassung arbeitete das EMD mit dem Zürcher Kommunikationsunternehmen Furrer & Partner AG zusammen. Dessen Geschäftsführer, Gustav Furrer, wurde im Zusammenhang mit der Affäre ebenfalls verhaftet, wie das Unternehmen bekanntgab. Es wies allfällige Korruptionsvorwürfe zurück.

Feuerinnovationen und Isolationen
Innen- und Aussenputz, Brandschutz, Gerüstbau
Roman Hermann
Gesamthandlung Schaan
Tel. 232 24 90 Fax 232 34 20
DER NAME SICH FÜR SICHERHEIT
Schaan